

Insolvenzdrama bei Kika/Leiner: Mitarbeiter bangen um ihre Jobs!

Am 21. Februar 2024 werden die Forderungen der Gläubiger im Kika/Leiner-Insolvenzfall geprüft. Betroffene Mitarbeiter müssen sich bis 10. Jänner melden. Experten erwarten zahlreiche Anmeldungen und bieten Unterstützung an.

Wien, Österreich - Der Gläubigerschutzverband Creditreform hat die allgemeine Prüfungstagsatzung für den 21. Februar 2024 angesetzt, um die eingereichten Forderungen der Gläubiger zu überprüfen. Stephan Mazal erklärte, dass zahlreiche Forderungen, darunter auch von Dienstnehmern sowie Anzahlungsgläubigern und Schadenersatzforderungen, erwartet werden. Der vorliegende Insolvenzantrag weist Passiva von 139 Millionen Euro aus. Betroffene haben die Möglichkeit, bis zum 10. Jänner ihre Forderungen anzumelden. Viele der 1.350 betroffenen Arbeitnehmer, etwa 600 davon in Niederösterreich, können erst nach Abschluss des Abverkaufs der Waren Ende Jänner mit der Jobsuche beginnen. Johannes Kopf vom Arbeitsmarktservice gab jedoch Entwarnung und stellt sicher, dass die Mitarbeiter bis dahin abgesichert sind, und betont, dass die Chancen auf dem Arbeitsmarkt für gut ausgebildete Fachkräfte sehr hoch sind. Dies wurde auch bekräftigt durch die positive Erfahrung ehemaliger Mitarbeiter, die häufig schnell neue Anstellungen fanden, wie **noe.ORF.at** berichtet.

Arbeitslosenversicherung im Fokus

Im Hinblick auf die steigende Arbeitslosigkeit, die im Januar 2024 einen Anstieg von 8% auf 421.207 Personen zur Folge

hatte, wird über die Senkung der Beiträge zur Arbeitslosenversicherung diskutiert. Renate Anderl, Präsidentin der Arbeiterkammer, kritisiert in diesem Zusammenhang die geplante Reform und warnt davor, dass die Senkung zu einer noch stärkeren Armutsgefährdung führen würde. Anderl weist darauf hin, dass die Lücken zwischen Arbeitslosengeld und vorherigem Einkommen sowie die nicht angepassten Familienzuschläge die wirtschaftliche Sicherheit von Arbeitnehmern gefährden. Sie fordert stattdessen eine Stärkung der Arbeitslosenversicherung, um eine echte Existenzsicherung zu gewährleisten. Auch das problematische Verhalten von Unternehmen, die durch Kündigungen und schnelle Wiederaufstellungen von Mitarbeitern Kosten auf die Versicherung abwälzen, muss ihrer Meinung nach kritisch betrachtet werden. Die **OTS** berichtete, dass stärkere Kontrollen von Betrieben mit vielen geringfügig Beschäftigten erforderlich sind, um die Versicherungsleistungen zu schützen.

Details	
Vorfall	Insolvenz
Ort	Wien, Österreich
Verletzte	1350
Schaden in €	139000000
Quellen	• noe.orf.at • www.ots.at

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at